

Revolution und Weiblichkeit um 1918/19: Das Private wird politisch

Kathrin Schödel

Der Zusammenhang zwischen Revolution und Weiblichkeit ist kein nebensächlicher. Er betrifft ein zentrales Moment revolutionärer Veränderung: die Frage nach der Aufteilung der sozialen Welt, der Abgrenzung zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen Ökonomie und Politik wie auch zwischen Produktion und Reproduktion (Haus- und Familienarbeit). Dieser Beitrag betrachtet Ansätze revolutionärer Politik um 1918/19 mit Blick auf die Verbindung zwischen politischer bzw. sozialer Revolution und Geschlechterverhältnissen und fragt nach Anknüpfungsmöglichkeiten für heutige linke Politik. Er beginnt mit einer etwas längeren theoretischen Rahmung, bevor er sich den historischen Texten zuwendet. Weiblichkeit wird dabei verstanden als der Komplex an Rollen und Eigenschaften, die als Frauen definierten Menschen innerhalb eines binären Geschlechtersystems zugeschrieben werden. Die erörterten Texte aus der Zeit um 1918/19 gingen, auch noch in ihrer Kritik, weitgehend von etablierten Geschlechterkonstruktionen aus. Das zeigt sich auch sprachlich, etwa in dem generischen Maskulinum für Arbeiterräte oder Arbeiterbewegung, das zugleich eine tatsächliche männliche Dominanz in diesen Kontexten widerspiegelt, und das ich aus historischen Gründen im Folgenden übernehme.

Der Untertitel dieses Beitrags „Das Private *wird* politisch“ bezieht sich auf das bekannte Motto der Zweiten Frauenbewegung der 1970er Jahre: Das Private *ist* politisch. Er verweist auf die enge Verknüpfung von Geschlechterverhältnissen mit der fundamentalen Gegensatzkonstruktion zwischen privat und politisch, die in der Gegenwart nahezu genauso gilt wie am Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Konstruktion

einer – scheinbar – außerpolitischen Privatsphäre bezieht sich sowohl auf deren ‚klassischen‘ Kern, Familie und private Haushalte, als auch auf die grundlegende Trennung zwischen privatwirtschaftlicher Ökonomie und Politik im Kapitalismus. ‚Das Private ist politisch‘ fokussiert meist vor allem den ersteren Bereich: Damit öffnet sich der Blick für die politischen Dimensionen von Themen, die aus dem politischen Diskurs traditionell weitgehend ausgeschlossen sind, etwa die privat-intimen Beziehungen zwischen den Geschlechtern, Sexualität wie auch die generelle Frage nach dem Wohlergehen der Einzelnen. Meine Formulierung ‚das Private wird politisch‘ soll den Akzent auf eine noch umfassendere Politisierung des Privaten legen, die auch auf dessen ökonomische Bedeutung im Sinne von Privateigentum und Privatwirtschaft bezogen ist. Grundthese ist dabei, dass die kritische Betrachtung der politischen Dimensionen von Intimität und individuellem Leben sich mit der Auseinandersetzung mit materiellen gesellschaftlichen Bedingungen verbinden muss, wenn sie auf eine grundlegende Veränderung abzielen will. Ein Politisch-Werden des Privaten in diesem weiten Sinn würde eine Revolutionierung der gesamten sozialen Ordnung bedeuten. Mein Beitrag erkundet, inwiefern revolutionäre Ansätze aus der Zeit um 1918/19 dazu Anregungen bieten können.

Die Frage einer Verknüpfung zwischen marxistischen Ansätzen, die politische Ökonomie und Klassenverhältnisse ins Zentrum stellen, und *gender*-politischen Herangehensweisen ist bis heute relevant und umstritten. Leider werden beide Formen der Kritik oft gegeneinander ausgespielt bzw. werfen einander einseitige Perspektiven vor; Stichworte sind hier die Debatte um ‚Haupt- und Nebenwiderspruch‘, also um das Verhältnis des entscheidenden Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit in den Produktionsverhältnissen zu anderen Bereichen der Unterdrückung, wie Geschlecht oder ‚Rasse‘. Mit aktuelleren Begriffen ausgedrückt, geht es um die Frage nach dem Verhältnis zwischen Klassen- und Identitätspolitik. Bezüglich der Geschlechterverhältnisse betone ich im Folgenden anhand der Ansätze um 1918/19, dass beide Bereiche aufeinander bezogen sind und zusammen kritisiert werden sollten. Die radikale Infragestellung der Geschlechterordnung und geschlechtlichen Arbeitsteilung

verbindet sich dann mit einer ebenso radikalen Infragestellung der Grundlagen der Klassengesellschaft in der Eigentumsordnung – der ‚Hauptwiderspruch‘ lässt sich so vom ‚Nebenwiderspruch‘ aus ins Visier nehmen. Zugleich verweist die Analyse der historischen Texte darauf, dass umgekehrt der ‚Nebenwiderspruch‘ durch ein Ende des ‚Hauptwiderspruchs‘ nicht automatisch gelöst wird: Die Diskriminierung und Hierarchisierung anhand von Geschlechterunterschieden ist zwar in das gesamte Herrschaftssystem eingebunden, sie ist aber zugleich eine eigene Form der Unterdrückung, die als solche thematisiert und verändert werden muss, wenn eine Revolution im emanzipatorischen Sinn auf die Abschaffung aller Formen von Unterdrückung und Ungleichheit hinwirken will.

Die vorherrschende diskursive wie auch materielle und institutionelle Aufteilung in ‚privat‘ und ‚politisch‘ hat weitreichende Folgen, sowohl für die Geschlechterverhältnisse als auch für die Organisation der sozialen Welt überhaupt. Indem das ‚Weibliche‘ der häuslich-intimen Sphäre zugeordnet wird, werden sowohl Geschlechterrollen als auch dominante Vorstellungen von der privaten Häuslichkeit versus der politischen Öffentlichkeit konstruiert. Eigenschaften wie Emotionalität und Fürsorglichkeit gelten dann als typisch weiblich und privat, während Vorstellungen des ‚Männlichen‘ als nach außen gewandt, aktiv, wagemutig und durchsetzungsfähig zu der Idee einer ‚kalten‘ Welt des öffentlichen Lebens gehören (vgl. grundlegend Hausen 1976). Wenn diese Gegensatzkonstruktionen nicht nur auf der Ebene der Geschlechter, sondern zugleich auch auf der Ebene der beiden so definierten Sphären aufgebrochen werden, stellt dies die herrschende Ordnung als Ganze in Frage. „Das Private wird politisch“ beschreibt das als einen Prozess der radikalen Politisierung. Zum einen werden Bereiche, die als außerpolitisch gelten, dann der demokratischen Debatte und der politischen Veränderung zugänglich, wenn sie in ihrer politischen Dimension thematisiert werden. Zum anderen verweist das Konzept einer radikalen Politisierung darauf, dass der Ausschluss aus dem öffentlichen Bereich nicht nur ein diskursiver ist, sondern auch ein materieller, der den herkömmlich als private Sphäre

konzipierten häuslichen Bereich ebenso betrifft wie die gesamte Ökonomie: Privateigentum bestimmt sowohl die Verfasstheit der einzelnen Haushalte wie die der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Würde die privatwirtschaftlich ‚organisierte‘ Ökonomie als Ganze, würden also Reproduktion und Produktion, wiederum diskursiv wie auch materiell, zu einem Teil der politischen Öffentlichkeit, wäre dies ein revolutionärer Umbruch. Es würde das Ende der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedeuten, indem ein materiell verstandenes Öffentlich-Werden der privaten Ökonomie einem Ende des Privateigentums an den Produktionsmitteln gleichkommt. Zugleich wäre es ein Ende der zugehörigen Reproduktionsverhältnisse, in denen die Reproduktionsarbeit und die Beschaffung der dafür notwendigen Mittel an private Einzelhaushalte delegiert ist. In diesem Sinn hat die Gegensatzkonstruktion privat – politisch und ihre materielle Grundlage sowie deren Aufbrechen als Politisierung des Privaten äußerst einschneidende Konsequenzen. Das Private ist zwar auch in der bestehenden Konstellation grundsätzlich politisch, schon allein, indem Privateigentum durch Gesetze etabliert ist und aufrechterhalten wird; aber es stellt sich die Frage, ob es in einem emanzipatorischen Sinn politisiert werden kann und damit zugleich eine neue, revolutionäre Form des Politischen möglich wäre.

Wenn das Private in diesem positiven Sinn politisch wird, verändert sich die Struktur des Politischen selbst (vgl. zu diesem Politik-Begriff Rancière 2001 und 2002). Das Politisch-Werden von Menschen und Bereichen, die vorher un- oder außerpolitisch waren, ist daher ein zentrales Moment revolutionärer Umbrüche. Mit dem Begriff der Revolution als „Beziehungsweise“ betont Bini Adamczak die so in Gang gesetzte fundamentale Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, der Art und Weise der sozialen Beziehungen überhaupt, die insbesondere eine „Überschreitung“ der „Grenze zwischen sozialen Sphären – Produktion und Reproduktion, Öffentlichkeit und Privatheit, Anonymität und Intimität, Ware und Liebe“ (Adamczak 2017, 247) – darstellt. Es ist kein Zufall, dass Revolutionen seit der Französischen Revolution oft mit Aufständen von Frauen – also von denjenigen, denen die Rolle der Reproduktion zugewiesen war, sodass sie etwa steigende Nahrungsmittelpreise ganz direkt

wahrnahmen – vorbereitet oder signifikant unterstützt wurden. So protestierten insbesondere Frauen in Deutschland seit 1915 sowohl für Frieden als auch gegen die Lebensmittelknappheit (vgl. z.B. Sternsdorf-Hauck 2008, 11f.). Wenn als Frauen definierte Menschen im Protest auf die Straße gehen – und ebenso, wenn Arbeiter_innen die Fabrik verlassen – passiert etwas Revolutionäres: Das scheinbar Private wird auf die Straße, in den öffentlichen Raum getragen. Das, was dem Einzelnen überlassen war, nämlich in privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen ein Einkommen zu erwirtschaften und damit im Privathaushalt zu (über)leben, wird zu einem politischen Gegenstand gemacht. Wird diese Politisierung konkret umgesetzt, greift sie die materielle Grundlage der politisch-ökonomischen Ordnung an.

Ebendies passierte im Kontext von 1918. Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten stellte ein Politisch-Werden, im Sinne einer demokratischen Politisierung, des ökonomischen wie auch des militärischen Bereichs dar. Wenn Soldaten weg vom Kriegsschauplatz und aus der Kaserne heraus im Protest auf die Straßen gehen, findet ebenfalls eine Grenzüberschreitung statt, die sich 1918/19 mit der Forderung nach einer Demokratisierung auch des Militärs verband (vgl. Hoffrogge 2018, 16f.). Die Arbeiterräte verknüpften eine Demokratisierung von Arbeit und Produktion mit der Forderung ihrer Sozialisierung, also der Umwandlung von Privateigentum in Gemeineigentum bzw. Nicht-Eigentum, ein Öffentlich-Werden des Privaten in einem ganz konkreten, materiellen Sinn. Die – in Deutschland schnell gescheiterte bzw. gewaltsam unterdrückte – Idee einer Räte-Republik ist eine Form des Politisch-Werdens von unten: Politik sollte von den bisher Unterdrückten und Ausgebeuteten gemacht werden, vom Proletariat, und nicht von und im Interesse der bürgerlichen Klasse. So beschreibt es etwa die USPD-Politikerin Toni Sender, die im November 1919 eine Grundsatzrede zu *Die Frauen und das Räte-system* hielt. Ein Jahr nach der Novemberrevolution ist sie noch der Meinung, „*die deutsche Revolution ist nicht tot*“ und fordert eine zweite Phase der Revolution (Sender 2015 [1919], 296; Herv. im Original). Die Räterepublik als Gegenbewegung zur parlamentarischen Demokratie wäre

eine radikale ‚Umformung‘ des politischen Systems, eine Demokratisierung, die darauf abzielt, das Proletariat nicht nur an der Politik zu beteiligen, sondern zur Abschaffung seiner Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung aus dem politischen Raum eine ganz neue Form des Politischen zu etablieren. Diese würde das ökonomische zusammen mit dem politischen System zutiefst verändern. In den Worten Toni Senders:

„In der Pariser Kommune 1871 wurde uns schon gezeigt, daß das Proletariat, wenn es zur Macht gelangt, nicht einfach den bürgerlichen Staat übernehmen kann, sondern daß es diese Zwingburg des Kapitalismus erobern muß, um sie für seine Zwecke umzuformen [...].“ (290 f.)

Das Räteystem wäre ein radikal-demokratisches: Die Räte sind zunächst jeweils lokal, von der Basis aus organisiert und ihre Mitglieder sind von den anderen Arbeiter_innen jederzeit abrufbar – das System setzt also voraus bzw. kreiert eine durchgängige Politisierung des Arbeitslebens. Die Produktion würde nun von den Produzierenden selbst verwaltet, und dies sollte schließlich mit der Sozialisierung der Produktionsmittel einhergehen. Das wäre ein umfassendes, auch materielles und demokratisches Politisch-Werden der Ökonomie.

In ihrer Rede beleuchtet Toni Sender das tatsächliche Vorgehen der Räte 1918/19 kritisch und führt deren Scheitern, neben der Politik der Mehrheits-SPD, vor allem auf einen Mangel an Vorbereitung und Erfahrung zurück. Dem versucht sie nun entgegenzuwirken, indem sie Aufgaben und Organisationsstruktur der Räte konkret erläutert. Sie geht dabei auch auf die äußerst geringe Präsenz von Frauen in den Arbeiterräten ein, die keineswegs dem Anteil arbeitender Frauen entsprach (vgl. Sender 2015 [1919], 308). Dies steht im Kontext der männlichen Dominanz in der Arbeiterbewegung und ihrer häufig nicht gerade frauenfreundlichen Politik (vgl. dazu grundlegend Thönnessen 1969). Zugleich wird mit der Diskussion einer Vertretung von Frauen in den Räten der ausschließliche Fokus auf Arbeiterräte – und damit auf die

Sphäre der Produktion – in Frage gestellt: Mit den Frauen wird der ihnen zugeordnete – und mit ihnen zusammen aus dem Politischen ausgeschlossene – Bereich der Reproduktion zum politischen Thema. So forderte Toni Sender die Bildung eines „*Wahlverbandes der proletarischen Hausfrauen*“ (Sender 2015 [1919], 311; Herv. im Original), um dadurch auch sie in die Arbeiterräte zu integrieren. Sender betont die wichtige Funktion einer politischen Beteiligung von Frauen, um ihr „Selbständigwerden“ jenseits des „engen häuslichen Rahmen[s]“ (ebd.) zu stärken, also Frauen zu politisieren. Wie nötig dies war – und vielleicht bis heute noch ist, wenn man die Dominanz männlich definierter Menschen in linken politischen Kreisen betrachtet – und wie das Politisch-Werden von Frauen verbunden werden müsste mit einem Ende männlicher Vorherrschaft und des binären Geschlechtersystems überhaupt, zeigt indirekt auch Senders Argumentation. Letztlich stellt sie die Interessen der Frauen denjenigen der Männer hintan: So wird etwa die neue politisierte Frau nicht nur explizit dem Mann als eine bessere „Kameradin“ angepriesen, sondern Sender versichert auch, dass diese „ihm ein freundliches, anmutiges Heim [...] bieten“ würde (313). Solche Argumentationsmuster sind in vielen Texten der Zeit um 1918/19 zu finden. Teilweise sind sie strategischen Überlegungen geschuldet, verweisen aber zugleich darauf, dass die Geschlechterverhältnisse auch in der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung keineswegs von Gleichheit geprägt waren. Obwohl also auch Sender die Vorstellung des privaten ‚freundlichen Heims‘ evoziert, für das die Frau zuständig ist, thematisiert sie zugleich die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Frage: „*Wie soll im Sozialismus eine andere Organisation des Einzelhaushalts vorgenommen werden?*“ (Sender 2015 [1919], 313; Herv. im Original) Dies verweist auf die Politisierung des traditionellen Kerns der Privatsphäre, von Familie und Haushalt – und sicher gilt noch heute, was auch Sender antizipiert: dass sie gerade hier auf viele Vorurteile stoßen werde.

Mit den sozialistischen Ansätzen aus der Zeit um 1918/19 rückt zunächst einmal die materielle Seite der scheinbaren Privatidylle in den Blick. Der Einzelhaushalt war

(und ist) ‚wirtschaftliche Einheit‘, und wie etwa August Bebel in seinem einflussreichen Grundlagen-Werk *Die Frau und der Sozialismus* – 1879 zuerst erschienen, dann mehrere überarbeitete und erweiterte Neuauflagen – ausführlich erläutert, führt dies dazu, dass die Haushalte und besonders die für Haus- und Familienarbeit zuständigen Frauen je nach Einkommen und Arbeitsverhältnissen mehr oder weniger stark belastet sind. Die als außer-politisch konstruierte, intime Privatsphäre ist durchdrungen von gesellschaftlichen Bedingungen.

Ein Beispiel, das Bebel gibt, passt zu aktuellen Diskussionen um die Klassenstruktur im Bereich der Reproduktionsarbeit, wo etwa in gutverdienenden Haushalten schlecht entlohnte, meist weibliche (heute oft migrantische) Hausarbeiter_innen in häufig prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden. Die Situation der überwiegend weiblichen Dienstbot_innen war auch ein wichtiges Thema der ersten Frauenbewegung in der Zeit um 1918/19, wobei deutlich wurde, dass die Interessen der bürgerlichen Frauen einer klassenübergreifenden Solidarität im Weg standen (vgl. Gerhard 1990, 241-243). Bebel beschreibt zum Beispiel, dass bessergestellte Frauen ihre Kinder an proletarische Ammen abgeben und erklärt, es gebe im Berliner Umland eine regelrechte „Ammenzüchterei [...], die *gewerbsmäßig* betrieben“ werde (Bebel 1996 [1910], 630): „[D]ie Landmädchen [lassen] sich schwängern [...], um nach der Geburt ihrer Kinder sich als Amme an eine wohlhabende Berliner Familie vermieten zu können“ (ebd.). So wird sowohl für die proletarische Frau als auch für die bürgerliche das Ideal der privat-intimen Kleinfamilie und Mutterschaft durchbrochen. Für Bebel ist das nicht nur ein Beleg für den Klassenunterschied, der auch die Möglichkeiten des Familienlebens beherrscht, sondern er führt dieses Beispiel zudem an, um zu zeigen, dass das Bild der Familie ohnehin schon von Heuchelei geprägt ist: „Unsere Widersacher tun, als gehöre es zu den größten Annehmlichkeiten der Eltern, den ganzen Tag die Kinder um sich zu haben, um sie zu erziehen. In der Wirklichkeit ist es anders.“ (631) Während also die Bessergestellten die Kinder gern an andere abgeben, ist die Kindererziehung für die Ärmeren eine Belastung, unter der vor allem

die Frauen leiden, und die zudem in der Mehrheit der Fälle unter Bedingungen stattfinden muss, die für die Kinder nicht zuträglich sind (vgl. 632-633).

Dieser negative Einfluss der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Familie könnte nach Bebel durch eine sozialistische Revolution positiv gewendet werden: Mit den hier verwendeten Formulierungen ausgedrückt, ist das Private längst politisch geprägt, es könnte aber auf eine ganz andere Weise bewusst politisch werden. Die Reproduktionsarbeit könnte im Sozialismus, ebenso wie die Produktion, Teil der gemeinsam zu organisierenden ‚gesellschaftlichen Arbeit‘ werden. Bebel argumentiert gegen Vorurteile diesbezüglich eben damit, dass diejenigen, die es sich leisten können, die Reproduktionsarbeit schon auslagern. Mit der Vorstellung einer Vergesellschaftung dessen, was als ‚weibliche‘ Haus- und Familienarbeit sowohl der öffentlichen als auch der ökonomischen Sphäre gegenübergestellt wird, würde auch dieser Kern der Privatsphäre in einem emanzipatorischen Sinn politisch. Der Gegensatz zwischen Produktion und Reproduktion wäre dabei ganz materiell in Frage gestellt: Die Hierarchie zwischen einer ‚männlich‘ konnotierten Produktionssphäre, die als ökonomisch lukrativ über der einerseits idyllisierten, andererseits marginalisierten Sphäre der Hausarbeit steht, wird nicht nur enthierarchisiert, sondern der Gegensatz selbst wird als ein gesellschaftlich gemachter, dem kapitalistischen System geschuldeter deutlich.

Bebels Werk *Die Frau und der Sozialismus*, das in der Zeit um 1918 intensiv rezipiert wurde, ist auch deswegen besonders interessant, weil es – entgegen der verbreiteten marxistischen Utopie-Feindlichkeit – die zukünftige Gesellschaft ungewöhnlich detailliert entwirft. So beschreibt er eine Utopie des öffentlichen Lebens, das im engeren Sinn politische und kulturelle Aktivitäten ebenso einschließt wie Produktion und Reproduktion, von der gemeinsamen Nahrungsbereitung bis zu Pflege und Erziehung (vgl. 638). Bebel betont dabei den demokratischen Charakter dieser Öffentlichkeit: So würden etwa Eltern in die gesellschaftliche Erziehung in einem Maß einbezogen, das im Gegensatz zu der bisherigen staatlichen Erziehung stünde, wo die

staatlichen Interessen oft den Wünschen der Eltern (und Kinder) entgegenstehen (vgl. 631).

Generell bedeutet das Öffentlich-Werden der Aufgaben, die bislang dem privaten Einzelhaushalt zugeteilt sind, zum einen ihre Organisation mit gesellschaftlichen Mitteln. Zum anderen werden auch die diesem Bereich zugeordneten Themen und Aufgaben als Elemente der gesellschaftlichen Arbeit Teil der gemeinsamen politischen Debatte und Entscheidung: nicht als Einmischung von oben oder technokratische Verwaltung, sondern – wie bezüglich der Produktion mit den Arbeiterräten – als demokratische Möglichkeit der gemeinsamen Organisation. Das soll nicht heißen, dass nun alles Private in der Öffentlichkeit stattfinden muss. Es könnte ebenso entschieden werden, dass weiterhin vieles in einer intimen Sphäre aufgehoben sein soll. Der entscheidende Unterschied aber wäre, dass dies in einem sozialen, politischen Zusammenhang organisiert würde und nicht mehr auf der Basis der in der Klassengesellschaft jeweils unterschiedlich verfügbaren Mittel und in individueller Verantwortung sowohl für den privaten ökonomischen Erfolg wie für das eigene kleine Glück – oder, wie heute oft, die einsame, scheinbar private Depression.

Bebel etwa geht nicht von einem Ende des Zusammenlebens in der Familie aus, aber er plädiert eben für eine radikale Verstärkung der gemeinsamen Organisation auch bei den Tätigkeiten, die diesem Bereich zugeordnet sind. So schreibt er zum Beispiel enthusiastisch über hochmoderne Gemeinschaftsküchen (vgl. 646-647). Gerade die Idee einer Abschaffung der Privatküche trifft ins Herz des bürgerlichen Geschlechter- und Familiendiskurses mit der Frau am ‚heimischen Herd‘ als Mittelpunkt des häuslichen Lebens. Bebel dagegen spricht von „Zentralnahrungsbereitungsanstalten“ (648). Dieses sperrige Kompositum bringt die angestrebte Verwissenschaftlichung und Technologisierung der Nahrungsbereitung sowie ihre gesellschaftliche Institutionalisierung zum Ausdruck und es schafft auch sprachlich eine denkbar große Distanz zum individuellen Kochen in der „häusliche[n] Küche“ (ebd.).

Ideen zu einer Zentralisierung der Hausarbeit waren in der Frauenbewegung generell verbreitet und viel diskutiert (vgl. Terlinden/von Oertzen 2006, 137-186). 1919 stellt

etwa die bürgerlich-radikale Feministin Lida Gustava Heymann in einem Artikel, der sich sowohl mit der Ausbeutung der Dienstbot_innen als auch mit der unbezahlten Hausfrauenarbeit befasst, ähnliche Überlegungen an wie Bebel und beschreibt konkrete Pläne für den Wohnungsbau (vgl. auch Braun 1901, 21f.):

„Anstatt dass hundert Kochöfen täglich brennen, dass hundert Hausfrauen oder Köchinnen täglich kochen, einkaufen, Geschirr spülen, besteht eine grosse Centralküche, von der aus alle Familien mittels Lift ihre Mahlzeiten erhalten. Jede Wohnung enthält eine Gasküche, in der mit derselben Leichtigkeit wie in einem Junggesellenhaushalt besondere Wünsche der Familienmitglieder erledigt werden können.“ (Heymann 1919, 8)

Die ganz materielle, technische Verbindung des privaten Raumes mit der zentralen Einrichtung durch den Lift ist ein passendes Bild für die Frage nach den neu zu definierenden und dynamischen Grenzen zwischen häuslicher Privatsphäre und Öffentlichkeit. Während Heymann mit dem Beispiel des Junggesellenhaushalts durchaus klischeehaft den unverheirateten, ‚lässigen‘ Mann der Frau in der Familie gegenüberstellt, zeigt der Vergleich zwischen beiden und die Erwähnung eines Männerhaushalts dennoch, dass hier die eindeutige diskursive Zuordnung zwischen Haushalt und Frau aufgebrochen wird.

Manche der konkreten Details dieser Überlegungen mögen aus heutiger Sicht merkwürdig erscheinen, und die Betonung von Zentralisierung und Technologisierung als Zeitersparnis wäre sicher zu überdenken, auch weil sie im Grunde das Kriterium der Effizienz aus der kapitalistischen ökonomischen Logik übernehmen – allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass die Verringerung der Arbeitszeit nun allen zugutekäme: Voraussetzung für die zentrale Organisation der Reproduktion ist bei Bebel wie Heymann die Sozialisierung der gesamten Ökonomie. Ohne diese Veränderung der materiellen Bedingungen würde, wie es ja bis heute der Fall ist, die Auslagerung von reproduktiver Tätigkeit aus dem unmittelbaren Privathaushalt nur den

Privilegierten zukommen: Sie können häufig essen gehen und Haushaltshilfen beschäftigen und dennoch die Idee einer Zentralhaushaltung weit von sich weisen, also am bürgerlichen Familienideal und der privaten Zuständigkeit für das eigene Leben festhalten. Mit genug Geld lässt sich noch immer, wie Bebel es beschrieb, eine kapitalistische und damit wiederum private Variante der Auslagerung von Hausarbeit auf der Basis der Ausbeutung anderer bewerkstelligen – ohne dass die Geschlechter- oder die Eigentumsverhältnisse dadurch zum politischen Thema würden. Fordert man eine solche Möglichkeit aber für alle, betrifft das sowohl das materielle Privateigentum als auch die Abtrennung des privaten häuslichen Lebens von der öffentlichen Zuständigkeit. Das Politische würde dadurch ebenfalls erweitert um die fundamentalen Fragen, die herkömmlich den privaten Einzelnen überlassen sind: das individuelle und gemeinsame Wohlbefinden, Formen des Zusammenlebens, emotionale und psychische Dimensionen, Sorge-Arbeit etc. Das, was als ‚weibliche‘ Zuständigkeit in der Privatsphäre aus der Öffentlichkeit ausgegrenzt wurde, beansprucht dann öffentliche Befassung, Debatte und Kooperation. Es verändert die Form des Politischen selbst, das nicht nur um zusätzliche Bereiche erweitert wird, sondern von der Rahmung der kapitalistischen Wirtschaft zu einer umfassend demokratischen und kooperativen Öffentlichkeit würde.

In Bebels Utopie wird deutlich, wie die Vergesellschaftung der gesamten Arbeit die proletarischen Frauen in doppelter Weise befreien würde, da für sie die Abhängigkeit und Ausbeutung als Arbeiterinnen und als Hausfrauen enden würde. Er variiert die berühmte Stelle aus der *Deutschen Ideologie*,

„[...] in der kommunistischen Gesellschaft, wo [...] die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe,“ (Marx/Engels 1969, 33)

für „die Frau der Zukunft“:

„Eben noch praktische Arbeiterin in irgend einem Gewerbe ist sie in einem anderen Teil des Tages Erzieherin, Lehrerin, Pflegerin, übt sie in einem drittem Teil irgend eine Kunst aus oder pflegt eine Wissenschaft und versieht in einem vierten Teil eine verwaltende Funktion.“ (Bebel 1996 [1910], 651)

Bei Bebel bleibt letztlich unklar, ob diese Variante auch für Männer gelten soll oder er an der weiblichen Zuständigkeit für Erziehung und Pflege, auch in ihrer sozialistischen Form, festhält. Die von Marx/Engels und Bebel ausgemalten Möglichkeiten der Lebensgestaltung müssten in einer befreiten Gesellschaft für Frauen wie Männer und alle anderen Geschlechter gelten. Die Funktion der Zwei-Geschlechtlichkeit, mit deren Hilfe es im bestehenden System im Grunde immer noch gelingt, das eine Geschlecht über die Konstruktion seiner ‚Identität‘ auf die Erledigung der nicht oder schlecht bezahlten Sorge-Arbeit zu verpflichten, würde sich ja dann erübrigen. Das heißt, dass die Konstruktionen von klaren binären Geschlechterunterschieden zusammen mit den unterschiedlichen Rollen radikal an Bedeutung verlieren würden. Bebel und auch die Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung um 1918/19, so etwa Clara Zetkin, hielten aber dennoch oft an etablierten Mustern fest, so dass die verbleibende Hausarbeit sowie die ‚traditionellen‘ weiblichen Berufe auch in ihrer sozialistischen Version häufig als Zuständigkeit von Frauen konzipiert wurden. Trotz der Kritik daran setzt das dann doch die herrschenden Aufteilungen fort – und führte letztlich dazu, dass Frauen auch innerhalb der sozialistischen Bewegung um 1918/19 unter der Mehrfachbelastung von Hausarbeit, Lohnarbeit und politischer Arbeit litten. Das macht deutlich, dass neben der beschriebenen Reflexion auf die materiellen Bedingungen der Geschlechterverhältnisse damit verbundene Vorurteile und auch liebgewonnene Privilegien reflektiert und kritisiert werden müssen. Der Fokus auf die Produktionsverhältnisse muss mit einem spezifischen Fokus auf die Geschlechterverhältnisse einhergehen.

Solche Ansätze blieben im Kontext der Novemberrevolution leider im Beginn einer Debatte stecken – auch durch die Tendenz, ‚weibliche‘ bzw. ‚private‘ Themen und

Interessen weiterhin zu marginalisieren – und sie wurden durch das Ende der sozialistischen Seite der Revolution schließlich im Keim erstickt. Heutige linke Politik kann an die frühen Diskussionen produktiv anknüpfen, wenn sie sich auf den Zusammenhang zwischen den materiellen Bedingungen des herrschenden Systems und seinen diskursiven Aufteilungen bezieht, wenn sie Geschlechterverhältnisse zusammen mit Reproduktions- und Produktionsverhältnissen radikal in Frage stellt und so Geschlechter- und Klassenpolitik verbindet.

Dieser Artikel beruht auf Teilen meines Vortrags „Revolution und Weiblichkeit um 1918: Das Private wird politisch“, gehalten am 27.11.2018 im Literaturarchiv Sulzbach-Rosenberg; Veranstalter: Verein für Politik und Kunst – Punk e.V. und Kurt-Eisner-Verein/Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern. Eine Audio-Aufzeichnung des Vortrags wurde hier online veröffentlicht: <https://soundcloud.com/rosaluxstiftung/revolution-und-weiblichkeit-um-1918>

Kathrin Schödel arbeitet an einer Habilitationsschrift zum Thema „Revolution und Weiblichkeit. Revolutionsdiskurs und Geschlechterdiskurs in deutscher Literatur 1789 und 1918“. Derzeit ist sie Dozentin für Germanistik an der University of Malta. Weitere Forschungsinteressen sind politische Theorie, Utopie, Migrationsdiskurs, kulturelles Gedächtnis und Nationalsozialismus; jüngere Veröffentlichungen u.a.: „Political Speech Acts? Jacques Rancière’s Theories and a Political Philology of Current Discourses of Migration“. In: *Komparatistik. Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft* (2017). Hg. von Joachim Harst/Christian Moser/Linda Simonis. Bielefeld 2018: aisthesis, S. 201-220; Raylene Abdilla/Elise Billiard/Kathrin Schödel: „Guest Editorial – Reimagining the Future: Utopian Perspectives“. In: Dies. (Hg.), *Reimagining the Future: Utopian Perspectives. Special Issue: antae* 4.1 (2017), S. 5-14.

Literaturverzeichnis

- Adamczak 2017:** Bini Adamczak: *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin: Suhrkamp.
- Bebel 1996 [1910]:** August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus*. 50. Auflage [1910]. Beilagen, Anmerkungen und Register. In: *Ausgewählte Reden und Schriften*. Bd. 10/2. Mit einem Geleitwort von Susanne Miller. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller. München u.a.: K.G. Saur.
- Braun 1901:** Lily Braun *Frauenarbeit und Hauswirtschaft*. Berlin: Expedition der Buchhandlung Vorwärts.
- Gerhard 1990:** Ute Gerhard: *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*. Unter Mitarbeit von Ulla Wischermann. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hausen 1976:** Karin Hausen: „Die Polarisierung der ‚Geschlechtscharaktere‘. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben“. In: Werner Conze (Hg.): *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*. Neue Forschungen. Stuttgart: Klett, S. 363-393.
- Heymann 1919:** Lida Gustava Heymann: „Zur Lösung der Frage der Dienstbotennot“. In: *Die Frau im Staat* 1.IV (1919), S. 8-10.
- Hoffrogge 2018:** Ralf Hoffrogge: „Reich, Räte und Republik – die stenografischen Berichte des ersten Reichsrätekongresses 1918“. In: Dieter Braeg/Ralf Hoffrogge (Hg.): *Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*. 16.- 20. Dezember 1918 Berlin. Stenografische Berichte. Neuausgabe zum 100. Jahrestag. Berlin: Die Buchmacherei, S. 7-27.
- Marx/Engels 1969:** Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. In: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*. Bd. 3. Berlin: Dietz, S. 8-530.
- Rancière 2001:** Jacques Rancière: „Ten Theses on Politics“. Übers. von Rachel Bowly/Davide Panagia. In: *Theory and Event* 5.3 (2001), o. S.
- Rancière 2002:** Jacques Rancière: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Übers. von Richard Steurer. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Sender 2015 [1919]: Toni Sender: „Die Frauen und das Rätssystem. Rede auf der Leipziger Frauenkonferenz am 29. November 1919“. Abgedruckt in: Dies., Autobiographie einer deutschen Rebellin. Hg. v. Gisela Brinker-Gabler. Übers. von Brigitte Stein. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 289-318.

Sternsdorf-Hauck 2008: Christiane Sternsdorf-Hauck: Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayrischen Revolution und Räterepublik 1918/19. Mit einem Briefwechsel zwischen Frauen vom Ammersee, aus München, Berlin und Bremen. Erweiterte Neuauflage. Köln/Karlsruhe: Neuer ISP Verlag.

Terlinden/von Oertzen 2006: Ulla Terlinden/Susanna von Oertzen: Die Wohnungsfrage ist Frauensache! Frauenbewegung und Wohnreform 1870 bis 1933. Berlin: Reimer.

Thönnessen 1969: Werner Thönnessen: Frauenemanzipation. Politik und Literatur der Deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.